

## Landessekretariat

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310  
info@ssw.de

**Südschleswigscher Wählerverband**



Per E-Mail an: [MSass@hwk-luebeck.de](mailto:MSass@hwk-luebeck.de) (u.a.)

Flensburg, den 07.04.2022

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Saß, lieber Herr Katschke,

haben Sie vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine zur bevorstehenden Landtagswahl. Gerne nehmen wir im Folgenden zu Ihren Fragen Stellung.

- 1. Welchen Stellenwert hat die Handwerkspolitik in Ihrer Partei und wie wollen Sie den Mittelstand vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs und der Herausforderungen des Klimawandels und der Digitalisierung stärken? Wo liegen dabei die Schwerpunkte? Wie stehen Sie zum Unternehmertum?*

Der Mittelstand - und hier vor allem das Handwerk - bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft. Das ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie eine Stärke. Denn der Mittelstand ist besonders flexibel und innovativ und damit oft auch krisenfester als

Großunternehmen. Der SSW setzt sich dafür ein, dass kleine und mittlere Unternehmen diese Stärken ausbauen und noch besser für sich nutzen können. Die Handwerkspolitik hat für uns schon allein deshalb einen hohen Stellenwert, weil Handwerksbetriebe in hohem Maße Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellen und nicht nur im ländlichen Raum eine bedeutende soziale, gesellschaftliche und kulturelle Rolle spielen. Deshalb ist es unser klares Ziel, sie zum Beispiel durch den Abbau von unnötiger Regulierung und Bürokratie zu entlasten. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass das Handwerk nicht vergessen wird, wenn es um Beratung und finanzielle Unterstützung bei der Digitalisierung und auf dem Weg zu mehr Klimaschutz geht.

- 2. Wie wird sich Ihre Partei im Sinne der Erwartungen des Schleswig-Holsteinischen Handwerks für eine moderne, zukunftsfähige und verlässlich finanzierte duale Ausbildung einsetzen und wie soll die Handlungsfähigkeit der handwerklichen Bildungseinrichtungen in diesem Rahmen sichergestellt bleiben?*

Für den SSW steht fest, dass nur gut ausgebildete Handwerkerinnen und Handwerker den hohen fachlichen Standard und die Innovationsfähigkeit des Handwerks sichern. Hierfür hat sich die duale Ausbildung mehr als bewährt. Deshalb wollen wir diese Ausbildungsform nicht nur langfristig sichern, sondern auch stärken. Wir fordern grundsätzlich mehr Mittel für diesen Bereich und eine Politik für die berufliche Bildung, die ihren Namen auch verdient. Der SSW setzt sich demnach für ein schlüssiges Gesamtkonzept ein, das die berufliche Bildung mit dualer Ausbildung und den weiteren Ausbildungsgängen an den beruflichen Schulen ebenso umfasst, wie die Fort- und Weiterbildung und den Übergang Schule-Beruf. Im Rahmen der Berufsorientierung, die bereits fester Bestandteil der Lehrpläne ist, muss noch stärker über berufliche Bildungswege informiert und für diese geworben werden. Außerdem wollen wir die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt stärken und entsprechende Fördermaßnahmen ausbauen.

- 3. Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei geboten, um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung sicherzustellen? Welche Instrumente wird ihre Partei anwenden, um die bestmögliche Aus- und Weiterbildung zu gewährleisten?*

Neben der unter 2 erwähnten verstärkten Information und Werbung für die beruflichen Ausbildungswege setzen wir uns z.B. für die zielgerichtete Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in den Umbruchphasen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf ein. Zu diesem Zweck, und nicht zuletzt mit dem Ziel, Fachkräftenachwuchs zu gewinnen, wollen wir das Modell der Jugendberufsagenturen flächendeckend ausbauen und durch feste finanzielle Zuschüsse verstetigen. Auch wir werden z.B. im Austausch mit Schülerinnen und Schülern auf die Vorzüge eines Ausbildungsberufs gegenüber einem Studium hinweisen und den Blick der jungen Menschen auf Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten lenken. Außerdem setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Attraktivität von beruflichen Ausbildungen gesteigert wird. Etwa durch mehr Mittel für und die Öffnung von studentischen Wohnheimen für Auszubildende oder durch einen Mobilitätzuschuss in Form eines landesweiten Azubi-Tickets.

4. *Welche Maßnahmen und Instrumente sieht Ihre Partei vor, um den Sanierungstau in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Behörden, Sportstätten, Schwimmhallen etc.) abzubauen und gleichzeitig die regionale Auftragsvergabe zu stärken?*

Wir fordern seit Jahren eine Erhöhung der Zuschüsse für die Sanierung von kommunalen Schwimm- und Sportstätten und mehr öffentliche Mittel für den Schulbaubereich. Die für Sportstätten vorgesehenen Impulsmittel wollen wir z.B. mehr als verdoppeln, wovon grundsätzlich auch die regionale Wirtschaft profitiert. Gleichzeitig setzen wir uns für einen Bürokratieabbau in dem Sinne ein, dass Standards wie z.B. zur Energieeffizienz vereinfacht werden. Öffentliche Bauausschreibungen müssen schlanker und einfacher gefasst werden, damit auch kleinere Firmen eine Chance auf Aufträge bzw. auf eine entsprechende Bewerbung haben. Noch dazu bildet das vom SSW initiierten Tariftreue- und Vergabegesetz einen gesetzlichen Rahmen, um regionale Anbieter zu stärken. Damit konnten Kommunen und Land nicht nur soziale Mindeststandards bei allen Ausschreibungen durchsetzen, sondern auch Umweltschutzkriterien vorgeben. Leider hat die aktuelle Regierung dieses Gesetz außer Kraft gesetzt. Das werden wir ändern.

5. *Wie soll nach Auffassung Ihrer Partei der Verkehr der Zukunft aussehen und wie muss entsprechend die öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden, um einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort mit einer hohen Lebensqualität verbinden zu können? In welcher Höhe stellen Sie dafür Mittel bereit?*

Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen zur Arbeit kommen, sich versorgen und soziale Kontakte pflegen können. Sie ist unerlässlich, wenn es darum geht, Unternehmen und Betriebe mit ihren Arbeitsmitteln zu beliefern und deren Produkte zu den Märkten zu bringen. Der gesamte Verkehrssektor unterliegt jedoch dem Gebot der Energiewende. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Ausbau alternativer Antriebsformen sowie der entsprechenden Tankinfrastruktur fortgeführt und verstärkt wird. Neben dem Straßenverkehr muss aber auch die Attraktivität des ÖPNV und SPNV durch Qualitätssteigerungen verbessert werden. Hier setzen wir uns für dauerhaft erhöhte Mittel für die Träger des ÖPNV und damit für Verbesserungen bei der Pünktlichkeit, den Fahrgastinformationen, der Vernetzung von ÖPNV und SPNV, beim Komfort und bei der Versorgung mit WLAN ein. Egal um welchen Verkehrsträger es dabei geht; für den SSW ist und bleibt wichtig, dass es für die Bevölkerung bezahlbar bleibt.

6. *Welchen Ansatz werden Sie mit Blick auf den Klimaschutz und die Umstellung auf erneuerbare Energien im Gebäudesektor verfolgen? Werden Sie die Modernisierungen anreizende Förderkulisse ausbauen, umbauen oder ergänzen und wenn ja, wie? Wie soll die Grundsteuer berechnet werden?*

Wir wollen Klimaschutz und Einsparungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudesektor weiter voranbringen. Hierfür hat das Land mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz eine gute Basis. Wir wollen die Kooperation mit den Gemeinden z.B. beim Ausbau von Kälte- und Wärmenetzen intensivieren. Auch private Immobilieninhaber tragen eine Verantwortung und sollen einen Beitrag leisten. Doch nicht alle Privathaushalte können ihre Immobilie klimaschonend umrüsten. Daher setzen wir uns für Ausnahme- und Härtefallregelungen ein. In der Diskussion um die Grundsteuerreform hat der SSW angeregt, sich einem der anderen Landesmodelle anzuschließen. Das bleibt aktuell. Für uns ist zentral, dass die neue Berechnungsmethode rechtssicher, möglichst einfach und gerecht ist. Außerdem plädieren wir unabhängig von der finalen Wahl des Modells für die Einführung eines Transparenzregisters, das ausweist, mit welchem Hebesatz die jeweilige Kommune ein gleichbleibendes Steueraufkommen vor und nach der Reform erreicht.

7. *Welche mittelstandsorientierten Maßnahmen planen Sie im Sinne einer effizienten Verwaltung zu ergreifen und welche Maßnahmen halten Sie dabei für so akut, dass*

*Sie sie für eine spürbare Entbürokratisierung von Verwaltungsprozessen sofort umsetzen wollen?*

Für den SSW steht außer Frage, dass Verwaltung nicht nur in Sachen Serviceorientierung, sondern gerade auch mit Blick auf mittelstandsfreundliche Entscheidungswege und Prozesse einen deutlichen Aufholbedarf gegenüber anderen Ländern (wie z.B. Dänemark) hat. Wir fordern daher klipp und klar, dass Verwaltungsprozesse vereinfacht und entbürokratisiert werden. Dabei halten wir es für absolut zentral, dass Entscheidungen auf einer einzigen staatlichen Ebene gefällt werden. In der Praxis bedeutet dies dann beispielsweise, dass Denkmal- oder Naturschutzfragen allein von der unteren oder oberen Behörde beschieden werden, oder dass für Bauanträge nur eine Verwaltungseinheit allein zuständig ist. Uns ist bewusst, dass es eine Mammutaufgabe ist; schließlich gibt niemand gerne Kompetenzen ab. Nichtsdestotrotz werden wir uns mit Nachdruck in diesem Sinne einsetzen. Denn von einer solchen Vereinfachung würden nicht nur die Bürgerinnen und Bürgern sondern auch der Mittelstand erheblich profitieren.

*8. Wie will ihre Partei das Handwerk als Anker der regionalen Wirtschaftsstruktur insbesondere im ländlichen Raum stärken? Welche Ziele verfolgt ihre Partei in der Wohnungsbaupolitik und wie wollen Sie sicherstellen, dass Wohnraum bezahlbar bleibt?*

Wie erwähnt, setzen wir uns u.a. für den Abbau unnötiger Bürokratie und faire Ausschreibungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen ein. Gleichzeitig fordern wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Die Herausforderungen sind dabei enorm. Wohnraum war noch nie so wertvoll wie heute. Längst nicht alle können ihn sich leisten. Deshalb wollen wir, dass das Land die Kommunen stärker dabei unterstützt, sozialen Wohnraum zu schaffen. Das haben wir in dieser Wahlperiode gefordert und dafür werden wir uns auch nach dem 8. Mai einsetzen. Als weitere Maßnahmen haben wir im Landtag z.B. vorgeschlagen, ein Wohnraumschutzgesetz einzuführen. Dies hat Jamaika abgelehnt. Dann haben wir die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe beantragt. Auch dies wurde abgelehnt. Hier bleiben wir dran und fordern auch, dass Wohnungsbaugenossenschaften stärker unterstützt werden und dass wir eine Mietpreisbremse einführen. Ferner wollen wir Konzepte aus Skandinavien umsetzen, um Wohnungslosigkeit zu bekämpfen.